

## Presseinformation

Nr.: 004/2016

Potsdam, 11. Januar 2016

Henning-von-Tresckow-Straße 2-13  
14467 Potsdam

Pressesprecherin: Marina Ringel  
Telefon: +49 331 866-5040  
Mobil: +49 170 4538688  
Fax: +49 331 866-5049  
Internet: [www.masgf.brandenburg.de](http://www.masgf.brandenburg.de)  
[marina.ringel@masgf.brandenburg.de](mailto:marina.ringel@masgf.brandenburg.de)

### Dialog zur Behindertenpolitik startet: Inklusion in Brandenburg – Gemeinsam Teilhabe gestalten

Mit einer Dialog-Reihe lädt das Sozialministerium alle Brandenburgerinnen und Brandenburger ein, gemeinsam über ein inklusives Brandenburg nachzudenken und zu diskutieren. Das Motto lautet „Inklusion in Brandenburg - Gemeinsam Teilhabe gestalten“. Das erste Inklusions-Forum findet am Mittwoch (13.01.) in Potsdam statt. Bis Anfang März folgen weitere Inklusions-Foren in Cottbus (10.02.), Frankfurt/Oder (17.02.), Eberswalde (24.02.) und Oranienburg (02.03). Die Ergebnisse sollen in die Weiterentwicklung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes einfließen. Vor dem Start sagte Sozialministerin Diana Golze heute in Potsdam: „Inklusion ist keine Utopie oder Wunschträumerei, sondern tatsächlich machbar. Das zeigen die vielen Projekte, die in Brandenburg mit dem ersten Maßnahmenpaket erfolgreich umgesetzt wurden. Aber der Weg zur uneingeschränkten Teilhabe ist noch weit. Entscheidend ist, dass die Betroffenen als Expertinnen und Experten in eigener Sache selbst zu Wort kommen und notwendige Veränderungen und Maßnahmen formulieren können.“



Golze sagte weiter: „Unser Ziel ist eine inklusive Gesellschaft, an der alle Menschen mit und ohne Behinderung in allen Lebensbereichen von Anfang an uneingeschränkt teilhaben können. Inklusion und Teilhabe betrifft uns alle. Die wenigsten Behinderungen sind angeboren. Aber nicht deswegen allein muss sich die ganze Gesellschaft mit dem Thema noch viel intensiver auseinandersetzen. Es kann niemandem egal sein, wenn Menschen in ihrem Leben eingeschränkt werden. Das Recht auf ein selbstbestimmtes Leben gilt selbstverständlich für alle Menschen, aber die Umsetzung im Alltag erweist sich noch zu oft als schwierig. Notwendig ist ein grundsätzliches Umdenken, in allen Lebensbereichen.“

Jürgen Dusel, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen, betonte: „Inklusion braucht Dialog. Deshalb wünsche ich mir, dass sich viele Menschen mit und ohne Behinderungen an den Inklusions-Foren mit ihren Forderungen, Ideen und Anregungen beteiligen. Die Weiterentwicklung des behindertenpolitischen Maßnahmenpaketes bietet jetzt die konkrete Chance, die Teilhaberechte von Menschen mit Behinderungen weiter zu entwickeln und zu verbessern. Es gibt aus meiner Sicht, trotz erreichter Erfolge, noch einiges zu tun. Ich freue mich auf den Austausch.“

Bildungsstaatssekretär Dr. Thomas Drescher: „Bei der Inklusion an unseren Schulen haben wir in den vergangenen Jahren auch durch das „PING“-Projekt sehr viel erreicht. Immer mehr Kinder und Jugendliche mit sonderpädagogischem Förderbedarf sind an Regelschulen. Vom Schuljahr 2009/10 stieg die Quote von 36,5 auf 45,3 Prozent in 2014/15. Das ist ein bundesweiter Spitzenplatz. Wir wollen, dass möglichst viele Jugendliche mit den unterschiedlichen Beeinträchtigungen einen bundesweit anerkannten Schulabschluss erhalten. Das verbessert ihre beruflichen Chancen ganz erheblich.“

Das erste Inklusions-Forum findet an diesem Mittwoch im Bürgerhaus am Schlaatz in Potsdam statt. An der Veranstaltung nehmen Sozialministerin Diana Golze, Bildungsstaatssekretär Dr. Thomas Drescher, Jürgen Dusel, Beauftragter der Landesregierung für die Belange der Menschen mit Behinderungen, sowie Elona Müller - Preinesberger, Beigeordnete für Soziales, Jugend, Gesundheit und Ordnung der Landeshauptstadt Potsdam, teil. Es werden bis zu 90 Teilnehmerinnen und Teilnehmer erwartet. Neben Akteurinnen und Akteuren aus der Sozial- und Behindertenpolitik sind im Besonderen alle interessierten Bürgerinnen und Bürger mit und ohne Behinderungen herzlich eingeladen.

Nach einer Einführung sollen die Teilnehmenden an sieben Tischen über folgende Themen diskutieren: „Arbeit und Beschäftigung“, „Barrierefreiheit und Mobilität“, „Erziehung und Bildung“, „Gesundheitliche Versorgung und Pflege“, „Teilhabe von Kindern und Jugendlichen“, „Selbstbestimmung, Freizeit, Kultur“ sowie „Wohnen und Sozialraum“. Die Ergebnisse werden in die Weiterentwicklung des Behindertenpolitischen Maßnahmenpakets einfließen.

Alle Brandenburgerinnen und Brandenburger haben neben den fünf Inklusions-Foren auch die Möglichkeit, ihre Vorschläge und Ideen per E-Mail ([inklusionsforum@masgf.brandenburg.de](mailto:inklusionsforum@masgf.brandenburg.de)) an das Sozialministerium zu senden.

In Brandenburg leben rund 480.000 Menschen mit Behinderungen, darunter 325.000 Menschen mit einer Schwerbehinderung, davon sind 4.900 Kinder und Jugendliche unter 18 Jahre.

Das erste Behindertenpolitische Maßnahmenpaket mit 136 konkreten Maßnahmen hatte die Landesregierung im Jahr 2011 beschlossen. Auch hier veranstaltete das Sozialministerium im Vorfeld fünf öffentliche Regionalkonferenzen, an denen sich insgesamt über 1.000 Teilnehmerinnen und Teilnehmer unter dem Motto „Alle inklusive in Brandenburg“ beteiligten.

Die Regierungsfractionen SPD und DIE LINKE haben am 19. November 2015 im Landtag Brandenburg beschlossen, dass das Behindertenpolitische Maßnahmenpaket von der Landesregierung ressortübergreifend fortzuschreiben ist. Dabei soll auf die schon vorhandenen guten Ansätze aufgebaut und neue innovative Konzepte erprobt werden. Das überarbeitete Maßnahmenpaket soll bis Ende 2016 vorliegen.

Seit 2009 ist das Übereinkommen der Vereinten Nationen über die Rechte von Menschen mit Behinderungen auch für Deutschland verbindlich. Mit der UN-

Behindertenrechtskonvention werden erstmals die Menschenrechte für die Lebenssituation von Menschen mit Behinderungen in einem völkerrechtlichen Vertrag konkretisiert. Danach wird Behinderung nicht länger vor allem unter medizinischen und sozialen Blickwinkeln betrachtet, sondern als Menschenrechtsthema anerkannt. Bund, Länder und Kommunen sind verpflichtet, die Ziele der UN-Konvention umzusetzen.